Antrag V01: Kein Knast für Schutzsuchende - Menschenrechte auch bei GEAS verteidigen!

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	Natalie Pohl (Sie / Ihr)
Status:	angenommen
Verfahrensvorschlag:	Abstimmung
Antragsgruppe :	V - Verschiedene Anträge
Antrag V01 Abstimmung	Ja: Mehrheit

Wir wollen konkrete Konsequenzen!

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die bayrische Staatsregierung auf,

- die Pläne für die GEAS-Standorte aufzugeben und stattdessen eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung ohne Gefängnischarakter zu ermöglichen.
- unabhängige Kontrollen an den Standorten sicherzustellen. Die Kontrollstellen müssen unangekündigten Zugang erhalten, Beschwerden vertraulich entgegennehmen können und ihre Ergebnisse öffentlich machen.
- den Zugang zu unabhängiger Rechtsberatung und qualifizierten Dolmetscher*innen von Anfang an zu gewährleisten, damit Schutzsuchende ihre Fluchtgründe schildern und ihre Rechte wirksam wahrnehmen können.
- besondere Schutzbedürfnisse von vulnerablen Gruppen verbindlich zu berücksichtigen. Kinder, queere Geflüchtete und Menschen, die Gewalt oder Folter erlebt haben, brauchen geeignete Unterstützung und Schutz.
- die Öffentlichkeit regelmäßig und transparent über die Umsetzung zu informieren. Dazu gehören anonymisierte Angaben zur Belegung, Aufenthaltsdauer, Freiheitsbeschränkungen und Beschwerden sowie zum Umgang mit möglichen Rechtsverletzungen.
- sich gegen weitere Verschärfungen des Asylrechts einzusetzen. Die Staatsregierung soll sich auf Bundes- und EU-Ebene gegen Regelungen stellen, die den Zugang zu einem individuellen Asylverfahren weiter einschränken und die Einrichtung von “Return Hubs” ablehnen.

Aus dem Beschluss muss öffentlicher Druck werden

Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich öffentlich für diese Forderungen ein und sucht den Austausch mit den zuständigen Abgeordneten, Beratungsstellen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ziel ist, die Umsetzung von GEAS in Bayern kritisch zu begleiten und konkrete Verbesserungen für die betroffenen Menschen durchzusetzen.

Schutzsuchende sind keine Straftäter*innen. Wir stehen für ein Europa, das Schutz bietet, statt Menschen abzuschrecken.

Begründung

GEAS wird Realität - auch bei uns in Bayern

Das Recht auf Asyl gerät zunehmend unter Druck. Auf europäischer Ebene werden immer weitere Verschärfungen vorangetrieben. So wurde zuletzt beschlossen, dass Menschen unter bestimmten Voraussetzungen in sogenannte Drittstaaten abgeschoben werden können, auch wenn sie keine Verbindung zu diesen Ländern haben. Zudem werden Abschiebe-Zentren außerhalb der EU, sogenannte “Return Hubs”, vorangetrieben. Wir lehnen diese Entwicklung ab.

Mit dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS), dessen neue Regeln seit dem 12. Juni 2026 gelten, werden auch die Verfahren an den europäischen Außengrenzen neu geregelt. In Bayern ist am Flughafen München bereits ein Standort für das Außengrenzverfahren in Betrieb, in Ingolstadt wird dafür die ehemalige Justizvollzugsanstalt umgebaut. Die Verfahren können bis zu 25 Wochen dauern und mit erheblichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit einhergehen.

Menschen, die Schutz suchen, haben keine Straftat begangen. Trotzdem drohen ihnen haft-ähnlichen Bedingungen und erhebliche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit. Wir wollen nicht hinnehmen, dass Abschottung auf Kosten der Menschenrechte geht. GEAS darf nicht zum Ausgangspunkt für weitere Verschärfungen des Asylrechts werden.